



Jutta Haug
Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, im März 2011

Liebe Genossinnen,

Der 'Equal Pay Day' soll auf die immer noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam machen. In diesem Jahr fällt er in Deutschland auf den 23. März. Damit findet der 'Equal Pay Day' bei uns 21 Tage später statt als der EU-Aktionstag. Die Einkommensunterschiede bei uns sind immer noch besonders groß. Das Europäische Parlament wird nicht müde, 2012 eine Vielzahl an Gesetzgebungen auf den Weg zu bringen, die für die Frauenpolitik in Deutschland von großem Interesse sind.

Frauenquoten in Politik und Wirtschaft

° Die Verringerung geschlechtsbedingter Gehaltsunterschiede, Quoten zur Anhebung des Frauenanteils in Firmenvorständen und politischen Organisationen sind nur einige Themen, mit den sich das Europäische Parlament im März 2012 beschäftigt hat. Zum wiederholten Mal hat das EU-Parlament gesetzliche Regelungen zur Anhebung des Frauenanteils in Firmenvorständen mittels Frauenquoten gefordert, da die nationalen Bemühungen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Ein entsprechender Entschließungsantrag basiert auf den Ergebnissen des Jahresberichts 2011 zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU. Das Parlament fordert die Kommission auf, die auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen in EU-Unternehmen zu prüfen. Sollten sich die Maßnahmen und Ergebnisse als unzureichend erweisend, erwartet das Parlament von der Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Einführung von Frauenquoten in Managementtagen. In einem zweiten Entschließungsantrag werden verbindliche Maßnahmen zur Sicherstellung von Gleichberechtigung bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen, für die Erstellung von Wahllisten und die Besetzung von Spitzenpositionen in EU-Institutionen gefordert. Außerdem sollen die nationalen Regierungen für alle nach 2014 zu besetzenden Kommissarsstellen jeweils eine Frau und einen Mann als Kandidaten nominieren.

EU-Sonderbeauftragter für Frauen, Frieden und Sicherheit im Europäischen Auswärtigen Dienst

° Frauen sollten zukünftig bei Friedensverhandlungen stärker beteiligt werden. Friedenstruppen sollten eigentlich die Bevölkerung schützen. Doch wie in Haiti kommt es immer wieder zu Übergriffen. Die EU soll daher nur noch Friedensprozesse unterstützen, wenn Frauen an den Verhandlungen der verfeindeten Parteien teilnehmen, fordert ein Initiativbericht des EU-Parlaments. Es soll auch ein EU-Sonderbeauftragter für Frauen,

Frieden und Sicherheit im europäischen auswärtigen Dienst ernannt werden. Der Sonderbeauftragte soll dafür sorgen, dass die Geschlechterperspektive stärker in die Außenpolitik der EU einfließt. Der Bericht fordert, dass in zivilen Friedensmissionen und in den Armeen der EU-Staaten mehr Frauen arbeiten und Führungsrollen übernehmen sollen. Die dafür notwendigen Fördergelder könnten mit dem für die Außenpolitik einzusetzenden Stabilitätsinstrument zur Verfügung gestellt werden. Besonders in Kriegszeiten wird sexuelle Gewalt gegen Frauen noch immer gezielt zur Demoralisierung des Gegners eingesetzt und hinterlässt verheerende Folgen. Die Kommission sollte daher Krisenteams aus Ärzten, Psychologen, Soziologen und Rechtsberatern zusammenstellen, die den Opfern sexueller Gewalt sofort vor Ort helfen können, fordert der Bericht.

Das Daphne-Programm der EU

° In der griechischen Mythologie erhören die Götter das Flehen der Nymphe Daphne, die vor dem Gott Apollon flieht, und verwandeln sie in einen Lorbeerbaum. Ein Mythos, der Frauen, die unter häuslicher und/oder sexueller Gewalt leiden, nicht den erstrebenswerten Ausweg zeigen kann. Das 1997 gestartete EU-Programm mit eben diesem Namen soll helfen, Übergriffe gegen Kinder, Jugendliche und Frauen zu bekämpfen. Die Europäische Kommission nimmt noch bis zum 29. März 2012 Vorschläge für Projekte entgegen, die sich am präventiven Aktionsprogramm 'DAPHNE III' beteiligen wollen. Gefördert werden unter anderem der Auf- und Ausbau multidisziplinärer Netze für die Zusammenarbeit zwischen Organisationen, der Austausch von Informationen und bewährten Praktiken sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Da das Daphne-Programm auf die Förderung transnationaler Kooperationsnetze abzielt, sollen Organisationen aus verschiedenen Mitgliedstaaten bei Projekten grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Auch für Projekte zur Verbreitung bereits vorhandener Ergebnisse können Anträge bei der Europäischen Kommission eingereicht werden. Dieses Programm ist das einzige europäische Programm dieser Art. Der Kampf gegen Gewalt bleibt weiterhin eine Priorität, vor allem angesichts neuer Arten von Gewalt, etwa gegen ältere Menschen, in Kindergärten oder als virtuelle Schikane in sozialen Medien. Für 2014-2020 soll 'Daphne' in das neue Programm 'Grundrechte und Unionsbürgerschaft' integriert werden.

Es grüßt Euch herzlich



Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de